

STEUERPOLITIK

IN KOOPERATION MIT  POLITIKMONITORING

Steuerpolitik 2014.44 vom 24.10.2014

→ TOP-ISSUES

POSITIONSPAPIER DER OSTDEUTSCHEN LÄNDER ZUR NEUREGELUNG DES LÄNDERFINANZAUSGLEICHS

Die Diskussion um die strukturelle Neuordnung des Länderfinanzausgleichs schreitet mit einem am 10.10.2014 veröffentlichten Positionspapier der ostdeutschen Länder weiter voran. Das Papier wurde im Rahmen einer Sonder-Ost-Ministerpräsidentenkonferenz am 29.09.2014 entwickelt und bildet die Grundlage für weitere Verhandlungen. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 3](#)

HESSISCHE BUNDESRATSINITIATIVE ZUR SCHLISSUNG VON STEUERSCHLUPFLÖCHERN UND SCHAFFUNG VON INVESTITIONSANREIZEN

Am Donnerstag, den 16.10.2014 hat der hessische Finanzminister Thomas Schäfer (CDU) die Bundesratsinitiative „Steuerschulplöcher schließen – Steuerergünstigungen abbauen – Investitionen ankurbeln“ vorgestellt. Darin setzt sich das Bundesland u. a. für die Möglichkeit der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter und die Einführung einer Lizenzschränke ein. Im Folgenden werden die wesentlichen Inhalte der Bundesratsinitiative dargestellt. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 4](#)

VERÖFFENTLICHUNGEN IM BUNDESGESETZBLATT

Am 17.10.2014 wurde die Betriebsstättengewinnaufteilungsverordnung im BGBl. I, S. 1603 veröffentlicht. Überdies wurde im BGBl. II, S. 728 vom 13.10.2014 das Inkrafttreten des deutsch-luxemburgischen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und Verhinderung der Steuerhinterziehung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Vermögen bekannt gegeben.

Hintergrund: <http://goo.gl/RpvDnH> und <http://goo.gl/K5WIKp>

OECD: NEUNTES GLOBALES FORUM ZUR STEUERVERWALTUNG

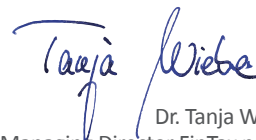
Am 23./24.10.2014 findet das neunte globale Forum zur Steuerverwaltung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) statt. Dabei erörtern die Teilnehmer aus rund 46 Ländern, wie Steuerverwaltungen effektiv zur BEPS-Initiative und zum automatischen Informationsaustausch beitragen können.

Hintergrund: <http://goo.gl/eZ92zj>

EDITORIAL

Liebe Leser,

an verschiedenen Ecken und Enden wird deutlich, dass es zwischen Regierung und Bundesrat hakt. Beim Länderfinanzausgleich, bei den Überlegungen zur Einführung einer Patentbox oder zur degressiven AfA. Gegen die von Bundesfinanzminister Schäuble ins Spiel gebrachte Finanzautonomie der Länder und Kommunen im Zuge der Diskussion um den Länderfinanzausgleich wenden sich die ostdeutschen Länder in einem Positionspapier. Hessen lehnt die von Schäuble in seine Überlegungen einbezogene Patentbox ab und fordert gleichzeitig die Einführung einer Lizenzschränke. Die von Hessen für 2015 und 2016 vorgeschlagene Einführung der degressiven AfA wird wiederum von Schäuble abgelehnt. Und die von Hessen geforderte Abschaffung des sog. Lifo-Verfahrens wird vom Bundesfinanzministerium zumindest vorerst ignoriert und an dem Entwurf eines BMF-Schreibens gearbeitet. Auch ist zu vernehmen, dass beim Zollkodexanpassungsgesetz seitens des Bundesrates weitere Maßnahmen in das Verfahren eingebracht werden sollen, die möglicherweise ein Vermittlungsverfahren zur Folge haben könnten. Beruhigend ist daher, dass die Steuereinnahmen trotz Konjunkturschwäche sprudeln, ein einvernehmliches Handeln daher zurzeit nicht „überlebensnotwendig“ ist. Bleibt zu hoffen, dass an einem Strang gezogen wird, sofern sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter verschlechtern sollten.



Dr. Tanja Wiebe, LL.M.
Managing Director FinTax policy advice

PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 2 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf [Seite 3](#).

CONTENT

→ TOP-ISSUES 1–9

→ OUTGOING 10–11

vom 18.10. bis 24.10.2014

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen: Einführung einer Finanztransaktionssteuer in Stufen

Beratung des Bundesratsfinanzausschusses zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung

u. a.

→ BFH-URTEILE 12–13

vom 22.10.2014

→ BMF-SCHREIBEN 14

vom 16.10. bis 23.10.2014

→ STATUS 15–24

zum 24.10.2014

Regierungsentwurf: Gesetz zur Anpassung der Abgabenordnung an den Zollkodex der Union und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften

Regierungsentwurf: Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung

Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)

... sowie weitere Gesetze

→ UPCOMING 25

vom 25.10. bis 31.10.2014

Bundestag: keine Sitzung, nächste Sitzungswoche 03.11.-07.11.2014

Bundesrat: keine Sitzung, nächste Sitzung 07.11.2014

Stakeholder: keine steuerpolitisch relevanten Termine

BMF-SCHREIBEN: LÄNDERERLASS ZUR LOHNSTEUER-NACHSCHAU

Am 16.10.2014 hat das Bundesministerium der Finanzen (BMF) im Einvernehmen mit den obersten Finanzbehörden der Länder einen Ländererlass zur Anwendung der Regelung zur Lohnsteuer-Nachschau veröffentlicht. Das Schreiben betrifft § 42g EStG, mit dem durch das Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz vom 26.06.2013 (BGBl. I S. 1809) eine Regelung zur Lohnsteuer-Nachschau neu in das EStG eingefügt worden ist. Die Vorschrift ist zum 30.06.2013 in Kraft getreten. Nunmehr sollen mit dem BMF-Schreiben Anwendungsfragen der Regelung geklärt werden. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 6](#)

EU-KOMMISSION: DEUTSCHLAND SOLL DISKRIMINIERENDE BESTEUERUNG AUSLÄNDISCHER WOHLTÄTIGKEITSORGANISATIONEN ABSCHAFFEN

Die EU-Kommission hat Deutschland aufgefordert, seine diskriminierende Erbschaftsteuerregelung für Vermächtnisse an Wohltätigkeitsorganisationen mit Sitz in einem anderen EU- oder EWR-Mitgliedstaat zu ändern, da diese Vorschriften gegen den Grundsatz des freien Kapitalverkehrs verstoßen. Dies teilte die Kommission im Rahmen der „Vertragsverletzungsverfahren im Oktober“ am 16.10.2014 mit. Darin wurden insgesamt 140 Beschlüsse gefasst, darunter 39 mit Gründen versehene Stellungnahmen und 11 Klagen beim Gerichtshof der Europäischen Union. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 7](#)

Die weiteren Themen in dieser Ausgabe:

BFH-URTEILE ZU ÜBERNAHMEWERT UND ÜBERNAHMEVERLUST BEI EINER AUFWÄRTSVERSCHMELZUNG VON LEBENSVERSICHERUNGSUNTERNEHMEN UND ZUR PKW-NUTZUNG DURCH UNTERNEHMER FÜR FAHRTEN ZWISCHEN WOHNUNG UND BETRIEBSSTÄTTE

Diese Artikel erhalten Sie als Abonnent ab [Seite 8](#)

DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis.

www.fintax-pa.de



BESTELLFAX AN 030. 290 21 11 4 -30



PROBEABONNEMENT

ODER FORMLOS PER MAIL AN MAIL@BID.AG

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für zwei Ausgaben für Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern. Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die beiden kommenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes zur Probe:

- Berliner Informationsdienst zur **ENERGIEPOLITIK**
- Berliner Informationsdienst zur **GESUNDHEITSPOLITIK**
- Berliner Informationsdienst zur **NETZPOLITIK**
- Berliner Informationsdienst zur **STEUERPOLITIK**

Ich interessiere mich für die folgenden Politikfelder und bitte um Zusendung eines Angebotes für ein individualisiertes Monitoring:

- **VERKEHRSPOLITIK**
- **SICHERHEITSPOLITIK**
-

Unternehmen/Institution

Ansprechpartner

Funktion

Telefonnummer

E-Mail-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll)

PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zu den Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphäre.

Weitere Informationen finden Sie unter www.monitoring.tagesspiegel.de

REDAKTION

Für Fragen steht Ihnen die Chefin vom Dienst zur Verfügung:

Dr. Sandra Busch-Janser
sbj@bid.ag, 030.290 21 11 4 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

für Energiepolitik:
Moritz Hunger, mh@bid.ag, -20

für Gesundheitspolitik:
Roberta Wendt, rw@bid.ag, -23

für Netzpolitik:
Aylin Ünal, au@bid.ag, -21

für Steuerpolitik:
Dr. Tanja Wiebe, tw@bid.ag, -20

IMPRINT

Der Tagesspiegel
Redaktion Berliner Informationsdienst
Askanischer Platz 3
10963 Berlin
monitoring.tagesspiegel.de